

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 83. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. Januar 2008, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anette Langner (SPD)

i. V. von Anna Schlosser-Keichel

Olaf Schulze (SPD)

i. V. von Holger Astrup

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein	5
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/1732	
2. Ermäßigten Mehrwehrtsteuersatz erhalten und weiterentwickeln	6
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1742	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	7
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/1762	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	8
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1715	
5. Machbarkeitsstudie „Keitum Therme Sylt-Ost“	9
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr vertraulicher Umdruck 16/2636	
6. Entwurf eines Terminplans für die Beratungen des Haushaltsentwurfs 2009/2010	10
Umdruck 16/2707	

7. Information/Kennntnisnahme	11
Umdruck 16/2665 - Baumaßnahmen Universitätsklinikum Schleswig-Holstein	
Umdruck 16/2690 - Baltic Sea International Campus, Studierendenwohnheim	
Umdruck 16/2691 - CONSENS-Verfahren GINSTER	
8. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1732

(überwiesen am 13. Dezember 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

Der Finanzausschuss schließt sich der vom federführenden Innen- und Rechtsausschuss beschlossenen schriftlichen Anhörung an. Außerdem bittet er das Innenministerium darum, den Ausschüssen die von der Regierung zum Referentenentwurf zur Änderung des Sparkassengesetzes (Unterrichtung 16/127) angeforderten Stellungnahmen zukommen zu lassen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Ermäßigten Mehrwertsteuersatz erhalten und weiterentwickeln

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1742

(überwiesen am 12. Dezember 2007)

Abg. Herdejürgen lehnt den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Hinweis auf den Beschluss des Landtages vom 14. Dezember 2005 ab (Drucksache 16/395), in dem es unter anderem heißt: „Der Landtag Schleswig-Holstein hält eine Überprüfung der Ermäßigungstatbestände im Umsatzsteuergesetz für notwendig und fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Überarbeitung des Kriterienkataloges einzusetzen.“

Abg. Heinold hebt noch einmal die Intention ihres Antrages hervor, den Finanzminister daran zu hindern, sich im Namen des Landes Schleswig-Holstein für die Abschaffung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes einzusetzen.

St Dr. Wulff teilt mit, die Europäische Kommission beabsichtige, dem Europäischen Rat im Herbst 2008 einen Bericht zur Überprüfung der bestehenden Rechtsvorschriften zu ermäßigten Mehrwertsteuersätzen vorzulegen.

Der Finanzausschuss bekräftigt den Beschluss des Landtages vom 14. Dezember 2005, sich für eine Überarbeitung des Kriterienkataloges bei der Umsatzsteuerermäßigung einzusetzen (Drucksache 16/395). Daraufhin zieht Abg. Heinold den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Ermäßigten Mehrwertsteuersatz erhalten und weiterentwickeln“, Drucksache 16/1742, zurück.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1762

(überwiesen am 12. Dezember 2007 an den **Bildungsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

Abg. Sauter bittet darum, die Beratung und Beschlussfassung über den FDP-Gesetzentwurf zurückzustellen, weil die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf habe. Insbesondere müsse in diesem Zusammenhang der inzwischen bekannt gewordene Mehrbedarf in Höhe von 1,75 Millionen € für die dänischen Schulen begründet und die Frage geklärt werden, ob für die von der FDP vorgeschlagene Übergangslösung ein Nachtragshaushalt notwendig sei, was die Koalitionsfraktionen vermeiden wollten.

Abg. Herdejürgen spricht sich - unterstützt von Abg. Kubicki - dafür aus, das Beratungsverfahren im federführenden Bildungsausschuss abzuwarten.

Demgegenüber setzt sich Abg. Heinold dafür ein, die Beratung im Interesse der Betroffenen zügig durchzuführen und den Gesetzentwurf in der Januar-Tagung des Landtages in zweiter Lesung zu verabschieden. Von der Landesregierung möchte sie wissen, welche Kosten mit der von der FDP vorgeschlagenen Übergangsregelung verbunden seien und in welcher Höhe und warum bei den dänischen Schulen ein Mehrbedarf anfalle. Zur Frage der Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes bittet sie den Landesrechnungshof um Stellungnahme.

Abg. Spoorendonk erinnert an die vom Landtag beschlossene, im Jahr 2008 greifende Gleichstellung der dänischen Schulen. Sie bittet darum, die dänischen Schulen nicht gegen die deutschen Schulen in freier Trägerschaft auszuspielen.

Gegen die Stimme von Abg. Heinold beschließt der Finanzausschuss, die Beschlussfassung über den FDP-Gesetzentwurf zurückzustellen und zunächst die Beratungen im federführenden Bildungsausschuss sowie Initiativen aus den Koalitionsfraktionen abzuwarten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1715

(überwiesen am 14. Dezember 2007 an den **Bildungsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

Der Finanzausschuss kommt überein, die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf zurückzustellen und zunächst die Beratungen im federführenden Bildungsausschuss sowie Initiativen aus den Koalitionsfraktionen abzuwarten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Machbarkeitsstudie „Keitum Therme Sylt-Ost“

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
vertraulicher Umdruck 16/2636

Auf Fragen des Vorsitzenden führt St Wiedemann aus, die Landesregierung habe im Dezember 2006 die Erneuerung des Meerwasserfreibades und den Bau einer Touristeninformation in Keitum mit 60 % beziehungsweise rund 2,3 Millionen € gefördert. Die Bauarbeiten hätten im vergangenen Jahr begonnen. Parallel dazu errichte die Gemeinde Keitum die „Gesundheits- und Wellnesswelt Keitum Therme“ mithilfe eines privaten Betreibers ohne staatlichen Zuschuss. Das Wirtschaftsministerium fühle sich durch das Gutachten in seiner Auffassung bestätigt, dass eine Konkurrenzsituation zur Sylter Welle in Westerland nicht gegeben sei.

Abg. Herdejürgen thematisiert die Folgekosten für die Gemeinde Keitum.

St Wiedemann erwidert, beide Gutachten zeigten, dass das Ganze von der Kommune zu tragen sei.

Abg. Kubicki beklagt die Aussagefähigkeit der Gutachten und äußert seinen Unmut darüber, dass sich die Landesregierung mit wenig substanziellen, allgemein gehaltenen Aussagen von Gutachten zufriedengebe. Er habe die Befürchtung, dass nach Umsetzung des Projektes beide Standorte - Keitum und Westerland - aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit erheblich litten.

Auch Abg. Sauter äußert sich skeptisch über die Qualität touristischer Gutachten, die in ihrer standardisierten Form oftmals keinen gehobenen Erkenntniswert brächten und keine fundierte Entscheidungshilfe darstellten.

Abg. Koch macht darauf aufmerksam, dass das Land lediglich den Bau des Freibades und der Touristeninformation gefördert habe und dass die zweite Investition von der Gemeinde mithilfe eines privaten Investors ohne Unterstützung und Einfluss des Landes realisiert werde.

St Wiedemann begründet die Landesförderung mit der Neuausrichtung des Tourismus, zu der wesentlich die Optimierung der kommunalen Infrastruktur gehöre (Freibad, Touristeninformation).

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Terminplans für die Beratungen des Haushaltsentwurfs
2009/2010**

Umdruck 16/2707

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss den Terminplan für die Beratungen des Haushaltsentwurfs 2009/2010, Umdruck 16/2707 (neu).

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/2665 - Baumaßnahmen Universitätsklinikum Schleswig-Holstein
Umdruck 16/2690 - Baltic Sea International Campus, Studierendenwohnheim
Umdruck 16/2691 - CONSENS-Verfahren GINSTER

Der Ausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zu Umdruck 16/2665 - **Baumaßnahmen** am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein - beantwortet St Dr. Wulff dahin, man nehme die Vorkommnisse beim UK S-H und beim Amtsgericht Lübeck zum Anlass, die Aufsichtsfunktion der GMSH zu stärken. Die GMSH habe das Beweissicherungsverfahren eingeleitet und werde danach Schadensersatzansprüche geltend machen.

Zu Umdruck 16/2690 - Baltic Sea International Campus, **Studierendenwohnheim** - stellt Abg. Kubicki folgende Fragen: 1. Welche Beschränkungen baurechtlicher Art bestehen derzeit? 2. Welche Folgen hätte ein Verkauf für das gewährte Darlehen? 3. Was spricht aus Sicht des Studentenwerks gegen einen Verkauf? 4. Wie ist der Zeitplan der Landesregierung? 5. Ist es nach Ansicht der Landesregierung Aufgabe des Studentenwerkes, als Immobilienvermieter aufzutreten, wenn die Bindung wegfällt?

Auf eine Frage von Abg. Heinold zu Umdruck 16/2691 - Automation in der Steuerverwaltung - bestätigt St Dr. Wulff, durch die EOSS-Einführung trete in den Finanzämtern nach und nach ein gewisser Bearbeitungstopp ein. Mitte Februar würden die **Finanzämter** wieder voll funktionsfähig sein.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Heinold bittet das Finanzministerium darum, dem Finanzausschuss den **Haushalts-runderlass** für den Haushalt 2009/10 zur Verfügung zu stellen.

St Dr. Wulff sagt eine Prüfung der Frage zu, ob es möglich sei, diesen regierungsinternen Vorgang zur Vorbereitung einer Kabinettsbefassung dem Finanzausschuss zukommen zu lassen.

- b) Abg. Kubicki bittet die Landesregierung, den Unterausschuss des Finanzausschusses „Unternehmensbeteiligungen des Landes“ zeitnah über die wirtschaftliche und personelle Entwicklung des **Universitätsklinikums Schleswig-Holstein** zu unterrichten.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:15 Uhr.

gez. Günter Neugebauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer